

**„Und nun? – Wirksame Konzepte
und Forderungen gegen Jugendarmut“**

**Podiumsdiskussion im Rahmen der
Jugendarmutskonferenz 18.-19.11.09**

Die Podiumsdiskussion fand im Rahmen der Jugendarmutskonferenz am 18. November 2009 statt. Den ersten Teil bildeten journalistische Interviews mit den drei Teilnehmenden. Im zweiten Teil wurden Fragen aus dem Publikum an die Mitglieder des Podiums gestellt.

Die wichtigsten Teile der journalistischen Interviews haben wir für Sie schriftlich zusammengefasst.

Teilnehmende:

Dr. Rudolf Martens, Paritätische Forschungsstelle

Rudolf Martens leitet die Paritätische Forschungsstelle und ist zuständig für sozialwissenschaftliche Analysen, Statistik und Modellrechnungen. Mit dem Armutsatlas für die Regionen Deutschlands leistete er einen wichtigen Beitrag zur deutschen Armutsdebatte.

Ursula Fehling, Bundesvorsitzende Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)

Ursula Fehling studierte in Freiburg und Berlin Soziologie. Sie ist u.a. stellvertretende Vorsitzende des Bundesjugendrings und verfügt über umfassende Erfahrungen in praktischer Jugendarbeit. U.a. war sie lange in der Basisarbeit im Berlin-Kreuzberger Wrangelkiez tätig.

Prof. Dr. Georg Cremer, Generalsekretär Deutscher Caritasverband

Georg Cremer ist Diplompädagoge und habilitierter Volkswirt. Er ist neben seiner Caritastätigkeit auch außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre in Freiburg und war lange in der Entwicklungshilfe tätig, zum Beispiel drei Jahre in Indonesien.

Moderation:

Ulrike Herrmann, tageszeitung (taz)

Ulrike Herrmann ist gelernte Bankkauffrau und studierte Philosophie und Geschichte. Sie arbeitet seit dem Jahr 2000 als Journalistin bei der taz. Derzeit ist sie als Wirtschaftskorrespondentin befasst mit den Themen Arbeitsmarkt, Hartz IV, Steuern und der Finanzkrise.

Einstiegsinterview Dr. Rudolf Martens

Ulrike Herrmann: Die Regierung hat in Karlsruhe erklärt, sie hätten schon den Hartz-IV-Satz von Kindern von 207 auf 251 Euro hoch gesetzt und außerdem würde es doch jetzt auch einmal im Schuljahr 100 Euro geben für die Schulmaterialien. Warum sagen Sie als Wohlfahrtsverbände das reicht nicht und was wollen Sie stattdessen?

Rudolf Martens: Die Frage der Regelsätze ist hier eine ganz zentrale Stellgröße im Sozialsystem Deutschlands. Es ist ja nicht nur so, dass 8 Millionen Menschen direkt vom Existenzminimum abhängig sind, sondern darüber hinaus ist es auch das steuerliche Existenzminimum in gewisser Abhängigkeit vom sozialen Existenzminimum. Und insofern kann praktisch kaum jemand in Deutschland dieser Stellgröße entgehen, ob er nun Steuern zahlt oder von Transferzahlungen lebt. Und insofern sehen wir grundsätzlich das Missverhältnis: auf der einen Seite diese ungeheure Bedeutung des Regelsatzes und auf der anderen Seite wie er doch sehr hinterzimmerartig zustande gekommen ist. [...]

Die Grundforderung ist ein bedarfsorientierter Regelsatz und das ist keine gegriffene Größe, sondern wir sind in die statistischen Grundlagen hineingegangen und haben eine Alternativrechnung gemacht. Also vieles, was uns an Kürzungen unplausibel erschien, haben wir dann rückgängig gemacht. Beispielsweise, was allein schon ein Betrag von 20 Euro ausmacht; die Frage der Transportkosten bei einem Ein-Personen-Haushalt. Die Bundesregierung hat zwar gesagt, wegen der Fähigkeit, einem Beruf nachzugehen, ist ein Auto erlaubt, ein angemessenes Fahrzeug erlaubt – das ist ein großer Fortschritt gegenüber der Sozialhilfe vorher – hat aber für dieses Auto keinerlei Kosten eingestellt. Und dann hat sie noch etwas gemacht, was fast noch gravierender ist. Sie hat dann einfach nur die Kosten für das Benzin herausgenommen, 20 Euro, so in der Größenordnung und hat die durchschnittlichen Kosten über alle Haushalte für den öffentlichen Nahverkehr genommen. Aber eigentlich geht das nicht. Also wenn ich das eine Ausnahme, dann muss ich wenigstens die Durchschnittskosten von Haushalten nehmen, die ausschließlich den öffentlichen Nahverkehr benutzen und eben kein Auto. Also kleine Trickereien, auf die man sofort stößt, wenn man in die Details geht. Wenn man das rückgängig macht, kommt man eben auf diese Forderung von 440 Euro Regelsatz für einen Erwachsenen.

Ulrike Herrmann: Und wenn man jetzt sagt, okay, für einen Erwachsenen gibt es 440 Euro, würden Sie so vorgehen zu sagen, okay und ein Kind, das kriegt dann eben 70 % davon, so wie die Regierung das im Augenblick rechnet oder würden Sie völlig anders rechnen. Und wenn ja, bei was für einem Satz kommen Sie dann raus?

Rudolf Martens: Wir sind dieser normativen Ableitung des Regelsatzes für Kinder nicht gefolgt, sondern wir haben anhand von Paarhaushalten mit einem Kind den Kinderbedarf berechnet. Und da sind wir eben zu Werten gekommen, die um 20 - 40% höher waren als die bestehenden Regelsätze. Und vor allen Dingen ist auch deutlich geworden, dass die Alterseinteilung, also 0 bis unter 14 und 14 bis unter 18 Jahren, einfach zu grob ist. Das hat die Politik inzwischen ja auch korrigiert und verkauft das auch als großen Etappensieg.

Ulrike Herrmann: Angenommen ein 15-Jähriger, wie viel ganz konkret soll der aus Ihrer Sicht bekommen, damit wir das als Basis erstmal gesichert haben?

Rudolf Martens: Der würde nach unseren Vorstellungen 358 Euro bekommen. Also der jetzige Regelsatz für Erwachsene ist ja 359 Euro. Da sieht man dann schon die unterschiedlichen Proportionen, was das ausmacht, also das, was besteht und das, was wir meinen, berechtigterweise errechnet zu haben.

Ulrike Herrmann: Es gibt ja eigentlich zwei Vorwürfe, die immer erhoben werden. Denn man muss sich ja mal fragen, warum ging Hartz IV überhaupt mehrheitlich durch, bei der Bevölkerung. Und das sind ja zwei Dinge: das eine ist, das wird sowieso alles versoffen [...]. Und das zweite ist, was ist eigentlich mit dem Lohnabstandsgebot. [...] Das kann doch nicht sein, dass die – das ist so der Vorwurf – mehr kriegen ohne zu arbeiten, als Leute, die ungelernete Tätigkeiten machen, aber 40 Stunden. Und diese beiden Diskussionen werden ja wieder losbrechen, in dem Moment, wo es politisch darum geht, den Satz hoch zu setzen.

Rudolf Martens: Das ist in der Tat eine Frage der politischen Kommunikation, wie man das in der Öffentlichkeit darstellt. Man kann es natürlich gewissermaßen betriebswirtschaftlich darstellen, indem man sagt, die kosten uns zuviel. [...] Wir hatten in unserem Kommentar zur Stellungnahme zum zweiten Konjunkturpaket darauf hingewiesen, dass der Regelsatz einfach durch die große Anzahl von Transferbeziehern in der Größenordnung von 8 Millionen, dass eine Regelsatzanhebung sehr, sehr deutlich stabilisierend wirken würde und zwar insbesondere in solchen Gegenden, wo sehr viele Transferbezieher leben. Also wo potenziell sehr viel Armut vorhanden ist, würde der Regelsatz, das SGB II, als Stabilisator wirken. Und das wäre ein Argument und das andere Argument ist natürlich, wir erleben seit Jahren – Deutschland hat steigende Exportziffern. Jetzt ist gerade wieder eine Unterbrechung eingetreten. Das wird aber wieder losgehen, sehr auch zum Ärger der Volkswirtschaften unserer Nachbarn, wird ja immer gesagt, wir seien Exportweltmeister. Ich denke, das ist eine unzulässige Verwechslung von Fußball und Volkswirtschaft. Das ist durchaus fatal, wenn wir so extrem hohe Exportüberschüsse haben, weil, die übersetzen sich letztlich auch einmal in

Verlust an Mehrwertsteuer und zum anderen in einer ungenügenden Binnenkaufkraft. Also in einer solchen Situation, wo die Löhne nicht steigen, real gesehen sogar sinken, ist es völlig klar, dass das Existenzminimum und untere Löhne aneinanderrücken. Das muss man dann allerdings auch so kommunizieren. In der Situation, wo wir sagen, wir müssen alle Lohnzurückhaltung üben, damit wir die anderen exportmäßig nieder konkurrieren können, da ist es völlig klar, dass gewissermaßen untere Einkommen und das Existenzminimum zusammenrücken. Das ist letztlich nicht der Fehler in einer ganz bestimmten Art Volkswirtschaft zu betreiben in Deutschland, sondern in einer ganz bestimmten Art Lohnpolitik zu betreiben, wenn man große Teile der abhängig Beschäftigten am Fortschritt – das Bruttoinlandsprodukt wächst ja – eben, wenn man die daran nicht beteiligt, dann passiert das.

Ulrike Herrmann: Also man könnte ja jetzt auf der ersten Ebene denken, wenn man Ihre Forderung hört – keine Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt, keine Exportorientierung und sozusagen weg von den Geringfügig Beschäftigten. Was hat das eigentlich noch zu tun mit Kinderarmut? Aber eigentlich, was da ja dahinter steht bei Ihnen ist die These, Kinderarmut wird eigentlich erzeugt dadurch, dass der Arbeitsmarkt auch nicht mehr funktioniert und die Leute immer stärker auch in den Niedriglohnsektor gedrängt werden.

Rudolf Martens: Ja, selbstverständlich. Das beste Mittel, nicht in Armut zu fallen, ist eben eine auskömmliche Stelle zu haben und eben nicht unbedingt eine Stelle, wo ich noch zu den Argen hingehen muss, um mir den Lohn aufzustocken. Also insofern ist das übrigens auch so ein Argument, wenn ein Politiker sagt, ja, die kriegen ja mehr als wenn jemand arbeitet, dann kann man ganz leicht entgegnen, das ist überhaupt nicht möglich. Wenn ich weniger verdiene als ich als SGB II Anspruch habe, dann gehe ich zur Arge und lasse mir das aufstocken, habe noch einen Freibetrag. Also ist es letztlich ausgeschlossen, dass es zu einer solchen Situation kommt. Vielleicht gibt es eine Kumulation von Merkwürdigkeiten im deutschen Sozial- und Arbeitsrecht, was vielleicht doch den Einzelfall hat. Aber als Massenphänomen ist es völlig ausgeschlossen.

Einstiegsinterview Ursula Fehling

Ulrike Herrmann: Was ist denn aus Ihrer Sicht nötig, um Kinderarmut jetzt mal jenseits des rein monetären zu bekämpfen?

Ursula Fehling: Also, ich sage Ihnen gerne etwas dazu, ich möchte ausdrücklich auch sagen, dass man das Monetäre natürlich nicht vernachlässigen darf. Ich denke tatsächlich der Handlungsbereich gerade im Themenfeld Kinder- und Jugendarmut ist natürlich der Bildungsbereich. Das ist ganz klar, also, wir wissen alle inzwischen – zum Glück wissen wir es inzwischen alle –, dass unser Schulsystem nicht durchlässig ist, dass es Kinder aus sozial schwierigen Verhältnissen massiv benachteiligt. Und wenn wir über die Auswirkung von Jugendarmut sprechen, was heißt das eigentlich für die Jugendlichen. Dann sind wir auch ganz schnell bei solchen Begriffen wie soziale Isolation, Perspektivlosigkeit und so weiter. Und das hat natürlich die Schule als Fixpunkt, wo sich viel von dem festmachen lässt.

Ulrike Herrmann: Was ja ganz generell auffällt, wenn man über Jugendliche redet, ist, dass man immer über die Jugendlichen redet, aber nicht mit ihnen. Was haben Sie eigentlich für ein Gefühl, was die Gesellschaft für ein Bild – ganz generell, mal auch ganz jenseits von Jugendarmut – von den Jugendlichen hat?

Ursula Fehling: Also, ich glaube sie hat zu Teilen, eigentlich gar kein Bild von Jugend. Ich glaube, Jugend ist ein Teil der Gesellschaft, der relativ wenig wahrgenommen wird. Ich finde das sehr bezeichnend, dass auch in der europäischen Jugendstrategie zum Beispiel drinsteht, dass Jugendliche besser in die Gesellschaft integriert werden müssten. Ja, hallo, also wir sind ja schon in der Gesellschaft – hatten wir heute auch schon mal. Ich denke, dass das ein Problem ist. Ich denke aber oft daneben noch, wenn Jugendliche wahrgenommen werden, werden sie häufig als Problem wahrgenommen. Das hat dann ganz schnell so einen Zungenschlag von ‚Jugendliche, die irgendwelche Mitbürger in U-Bahnen verprügeln‘ oder ‚die Koma-Saufen machen‘ usw. Also, wenn Jugend in die Medien kommt, dann meistens mit solchen negativen Dingen.

Ulrike Herrmann: Jetzt sind ja Jugendliche gerade wieder in den Medien: nämlich die Studenten, die einen Bildungstreik machen. [...] Könnten Sie sich vorstellen, dass sich auch ärmere Jugendliche in irgendeiner Weise politisch zusammentun oder politisch aktiv werden, um für ihre Rechte zu streiken? Oder wird es so bleiben, dass man immer über sie redet?

Ursula Fehling: Ich bin da relativ pessimistisch. Ich glaube, warum das bei anderen Jugendlichen [als Studenten] nicht funktionieren wird, ist, dass die sich diese Kulturtechniken nicht aneignen können. Also soziale Teilhabe und Bildung hat ja auch was mit sozialem Kapital zu tun; also, der Art und Weise, wie ich meine Interessen artikulieren kann und ob das eine Art und Weise ist, die von der Gesellschaft und auch von der Politik im angemessenen Maße wahrgenommen wird. Aber das ist eigentlich eine Protestform [Demonstrationen], die sich spätestens seit den 68ern akademisiert hat. Und insofern finde ich das auch überhaupt keinen Zufall, dass dieser Protest genau von den Leuten wahrgenommen wird, nämlich von den Journalisten wird er ganz stark wahrgenommen, und er wird auch von der Politik wahrgenommen. Aber andere Protestformen, die jetzt vielleicht Jugendliche wählen würden, wenn sie überhaupt protestieren, die solche Kulturtechniken nicht haben, die werden halt nicht wahrgenommen, weil die von den Leuten, die bestimmen und das wahrnehmen sollten, nicht erkannt werden als solche.

Also, ich wohne ja in Berlin und fahre immer sehr viel mit der S-Bahn und man sieht ja überall Graffitis in Berlin. Und ich denke, ein nicht unerheblicher Teil hat wahrscheinlich auch eine soziale Botschaft, also teilweise sind das dann ironische Sprüche, teilweise steht da auch irgendwas wie ‚Ihr seid alle Arschlöcher!‘ oder so und teilweise steht da was, was ich jetzt überhaupt nicht verstehe, entweder, weil ich es nicht lesen kann oder weil mir die Codes nicht vertraut sind. Und ich denke, das ist zum Beispiel eine Form von Protest, die von Jugendlichen gewählt wird. Wahrscheinlich auch von den Jugendlichen, über die wir hier sprechen. Die aber nicht entcodiert werden kann.

Ulrike Herrmann: Wenn Sie Arbeitsminister Jung wären, was würden Sie als Erstes machen?

Ursula Fehling: Ich würde zum Telefonhörer greifen und würde meine Kollegin Frau Schavan [Bildungsministerin] und Frau von der Leyen [damals noch Jugendministerin] anrufen. Ich glaube nämlich, dass diese Probleme, über die wir hier sprechen und das gilt auch für die gesamte Jugendpolitik, nicht von einem einzigen Blickwinkel ausgelöst werden können. Das Bundesjugendkuratorium hat ein hervorragendes Papier geschrieben, wo es um die Kohärenz von Jugendpolitik geht. Und ich betrachte natürlich Jugendarmut auch als einen Teil von Jugendpolitik. Das muss so übergreifend gelöst werden in der Kommunikation mit den anderen und nicht versucht werden, wieder an jeder Schraube ein bisschen zu drehen und dann wundert man sich, warum die sich vielleicht auch noch gegenseitig blockieren.

Einstiegsinterview Prof. Dr. Georg Cremer

Ulrike Herrmann: Das erste, was man ja schon mal erwähnen kann, ist, dass der Caritasverband eine umfangreiche Stellungnahme zum Koalitionsvertrag abgegeben hat und an diesem Koalitionsvertrag fällt ja auf, dass der 128 Seiten hat und genau vier Mal das Wort Armut vorkommt. Davon kommt einmal das Wort Kinderarmut vor und auch nur in einem Halbsatz ohne irgendwelche konkreten Maßnahmen, die da genannt werden. Wenn man das so liest, würde man denken, man müsste ganz pessimistisch sein, wenn es um Kinderarmut unter dieser Regierung geht. Würden Sie da diesen Pessimismus teilen?

Georg Cremer: Das wissen wir noch nicht. Also ich sehe, dass die Union eine Regierungspolitik stricken will, bei der sie sich nicht ständig dem Vorwurf der sozialen Kälte aussetzt und ich sehe auch bei der FDP Teile von Leuten, die sich etwas anders aufstellen wollen, als die FDP vor zehn Jahren. Es sind ja eine ganze Menge sozialer Akzente in dem Koalitionsvertrag verstreut. Also, ich finde es zum Beispiel positiv, dass erstmals eine Regierung sagt, ja, wir haben ein Problem einer wachsenden Altersarmut. Das sozialdemokratisch geführte Arbeitsministerium der letzten Legislaturperiode hat das also noch geleugnet. Die Hauptsorge, das sind zwei Punkte, die mich besonders umtreiben. Die erste Sache ist, dass man einerseits diese sozialen Akzente benennt, an einer ganzen Reihe von Stellen, aber eine völlig unrealistische Steuersenkungspolitik ebenfalls ankündigt, mit einer, ja unrealistischen, von keinem Ökonomen geteilten Selbstfinanzierungsthese von Steuersenkungen. Wir müssten also in chinesische Wachstumsraten kommen, um diese Steuersenkung durch Übereinnahmen zu kompensieren. Das wird nicht stattfinden. [...]

Die zweite Sache, die mich ärgert, aber da, die ist ja zum Teil auch von katholischen Verbänden sehr begrüßt worden, also wir haben einerseits die Erhöhung des Kinderfreibetrages, das macht ungefähr dann 35 Euro pro Kind und Monat. Wir haben die Erhöhung des Kindergeldes, das macht 20 Euro und wir haben bei den Kindern in ALG II und zuverdienenenden Familien, das müssen wir immer mitberücksichtigen, haben wir nichts. Und ich meine gut, die Regierung wird jetzt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts abwarten, ja. Ich glaube auch, dass was kommt, aber ich warne auch davor bezüglich von Regelsätzen nicht vorrangig verfassungsrechtlich zu argumentieren. Denn es kann uns passieren, dass das Bundesverfassungsgericht am Schluss sagt: „Bedenklich, bedenklich, aber noch gedeckt von dem weiten politischen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers.“ Denn ich meine, Sozialpolitik wird in Berlin und nicht in Karlsruhe gemacht. [...] Und es kann schlechte Politik geben, die verfassungsrechtlich in Ordnung ist. Das müssen wir immer wissen.

Georg Cremer: Ich würde gern etwas zur ökonomischen Analyse von Herrn Martens sagen. Auch die Caritasforderungen führen zu einer Erhöhung des Sozialgeldes. Ich meine, wir werden sicherlich auch zu anderen Inflationsanpassungen kommen und so weiter. Ich will allerdings, dass wir einen Aspekt mitdiskutieren, und zwar: Jede Erhöhung der Regelsätze und jede Erhöhung des Sozialgelds führt zu einer Ausweitung des Bezieherkreises des SGB II. Jetzt kann man dann natürlich sagen: „Na Gott, wenn dann die neuen Zahlen rauskommen, werden wir ganz traurig vor die Presse treten und erklären, dass die Armut in Deutschland wieder zugenommen hat.“ Die meisten von den Verbänden würden genau das tun. Wir haben aber im Hartz IV eine Kombination von Transferleistungen und Kombigeld für Geringverdiener. Und Herr Martens spricht die niedrigen Löhne an. Bei Leuten mit Familienverantwortung ja, die haben 14 Euro 15 Euro Stundenverdienst und sind bei Vollzeitätigkeit trotzdem auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen. Und was wir wirklich dringend brauchen, ist eine Form von einkommensabhängiger Kindergrundsicherung, natürlich auch für Jugendliche, und das hat jetzt mit dem Armutsthema zu tun, ja für Geringverdiener. Denn, es ist völlig absurd, dass die soziale Absicherung von Menschen, die ganztags arbeiten und Familienverantwortung haben, in einem System stattfindet, was Grundsicherung für Arbeitssuchende heißt. Dass die ARGE Arbeitsagenturen mit den Leuten Eingliederungsvereinbarungen machen müssen, obwohl sie ganztags arbeiten, ja. Und ich teile jetzt – das ist jetzt weniger eine Caritassicht, sondern mein Hobby auch irgendwie Ökonomie zu betreiben – die Vorstellung, man könne diese Problematik durch Lohnanhebungen lösen, teile ich nicht, weil wir dann wirklich Arbeitsplätze zerstören und das ist natürlich ein Streit in der Ökonomenzunft, der gängig ist.

Ulrike Herrmann: Also ich finde das ja richtig, dass man sich fragt: „Wie kann man also verhindern, dass Familien dann zu Massenaufstockern werden?“ Nur wenn man, das zeigt sich doch jetzt schon in dem Moment, wo man dann eben in solchen Fällen einen Kinderzuschlag zahlt. Das zeigt sich eigentlich aus meiner Sicht ganz generell bei der Möglichkeit aufzustocken durch das ALG II, dass man eigentlich einen Kombilohn für Unternehmer geschaffen hat. Das heißt, in dem Moment, wo irgendwie klar ist, dass man staatlich die Familien subventioniert im Falle von niedrigen Löhnen, werden die Löhne natürlich auch niedrig bleiben. Müsste man Ihr Modell nicht mit einem Mindestlohn verbinden, um eben zu verhindern, dass Firmen sich auf Kosten des Staates da eigentlich sanieren oder auch bereichern?

Georg Cremer: Es sind ja die Frage: Hat erst die Schaffung der erhöhten Kombieinkommensmöglichkeiten über das SGB II, hat die überhaupt diese Lohnentwicklung ausgelöst. Wir haben aber diese stärkere Lohnspreizung in praktisch allen OECD-Ländern. Also wir haben einen Trend auch seit der Öffnung nach Osteuropa hin von deutlich niedrigeren Löh-

nen. Und das sind natürlich nicht die baden-württembergischen Exportindustrien, sondern wir haben es generell im Dienstleistungsbereich. Ich kann mir eine Absicherung einer Kombieinkommenspolitik, die wir ja faktisch schon haben, über die wir nicht reden, aber die wir faktisch schon haben, über Mindestlohnsetzung vorstellen, würde dann aber für branchenspezifische Mindestlöhne plädieren, weil, ich meine, ein flächendeckender Mindestlohn von 7,50 Euro oder, was die Linkspartei gefordert hat, von 10 Euro, hätte zumindest bei der starken Spaltung der Arbeitsmärkte in Ost- und Westdeutschland gravierende und sehr negative Folgen. Davon bin ich sehr überzeugt. Dann müsste man sich die einzelnen Branchen angucken, das hat ja die letzte Regierung auch etwas moderat gemacht. Das reduziert natürlich diesen Zuzahlungsbedarf.

Ulrike Herrmann: Also mal jenseits von diesem Kinderzuschlag für verdienende Aufstocker ist ja auch die Frage, ob man nicht doch irgendwie dahin kommt, das Kindergeld bei Hartz IV irgendwie nicht vollständig anzurechnen. Der Kinderfreibetrag steigt, haben Sie ja schon erwähnt, das Kindergeld steigt um 20 Euro pro Monat. Wäre das, angenommen, das, käme jetzt die Debatte auf, okay die Hartz-IV-Empfänger kriegen jetzt auch 20 Euro pro Kind. Also, dass man irgendwie sich so um das ganze Problem rummogelt als Regierung. Fänden Sie das eine gute Idee oder sind Sie da völlig dagegen?

Georg Cremer: Man muss sich überlegen, was ist ein konsistentes System. Also ich glaube, positiver fände ich, wenn man wirklich dazu kommt, dass es eine transparente Form der Berechnung des Sozialgelds für Kinder gibt. Dass man sich genauso wie beim Regelsatz für Erwachsene an dem Einkommensverhalten einer Referenzgruppe orientiert. Dass man die verdeckt Armen aus der Referenzgruppe ausnimmt. Und dass man dann auch eine politische Debatte führt zu diesen Abschlägen. Die muss man nämlich wirklich auf die Ausgabenkategorien von Kindern führen und dass man auch eine Inflationsanpassung hat, die nicht an irgendwie, vor dem Verfassungsgericht habe ich gesagt, an den Meeresspiegel gebunden ist, weil der auch nur sehr langsam steigt. Das war ja der Grund dafür. Das fände ich, glaube ich, das bessere System als auf Kindergelderhöhungen zu hoffen, die ja teilweise aus fiskalischen Gründen über viele, viele Jahre gar nicht stattgefunden haben. Das wäre das Risiko ihres Vorschlags.

Ulrike Herrmann: Eine andere Initiative, die es ja auch gibt, wurde ja auch hier im Programm schon erwähnt. Das europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010. Die Bundesregierung will dafür genau 2,25 Millionen Euro ausgeben, wie in dem Papier zu lesen ist, das nach Brüssel geschickt wurde. Was erwarten Sie eigentlich von solchen Jahren und Initiativen?

Georg Cremer: Ich glaube, wir sollten uns in den sozialpolitischen Diskussionen nicht von europäischen Jahren abhängig machen, sondern die Armutsdebatte einfach führen. Wir haben die Armuts- und Reichtumsberichterstattung als Punkt. Wir haben die aktuellen Vorkommnisse und so weiter. Ich meine, das europäische Jahr rutscht möglicherweise ja dann sehr stark von der Bundesebene weg und was mich eben besonders umtreibt, ist der Verantwortungspingpong zwischen Bund und Ländern und Kommunen. Das war übrigens ein Punkt vor dem Bundesverfassungsgericht. Als es in Freiburg diese Ganztagschulen in sozialen Brennpunkten gab, hat das Mittagessen in diesen Brennpunktschulen am Beginn 3,50 Euro gekostet. Ein Euro mehr als in den Kantinen für städtische Angestellte. Dann haben die Grünen eine Initiative gemacht. Jetzt ist das sehr gut geregelt in Freiburg. Man hat das auch durchgesetzt. Viele Kommunen haben das nicht durchgesetzt. Und ich finde es ziemlich, ja, krokodilstränenartig, wenn die Länder auch vor dem Bundesverfassungsgericht auftreten und auch sagen, wie sehr sie dafür sind, das Sozialgeld zu erhöhen, ja, aber selber die Lernmittelfreiheit abschaffen oder irgendwie das mit dem Mittagessen nicht hinkriegen. In der Vorlage der Regierung NRW für das Verfassungsgericht wird also beklagt, dass man 16 Millionen Euro, man stelle sich vor, 16 Millionen Euro zur Subventionierung der Mittagessen in Schulen ausgeben muss. Das, finde ich, ist ja peinlich, wenn ein so großes Land da klagen muss und wir sollten aufpassen, dass wir nicht nur die Bundesregierung im Visier haben, sondern auch die Länder und Kommunen. Denn, ob Befähigung gelingt, das hat jetzt auch was mit der Großwetterlage zu tun, zeigt sich auch, ob die Kommunen und die Länder ihren Job machen. Und das ist genauso wichtig.

Ulrike Herrmann: Wenn Sie Arbeitsminister Jung wären, was wären die ersten drei Sachen, die Sie ändern würden?

Georg Cremer: Also, wenn ich Herr Jung wäre, dann würde ich das SGB II weiterentwickeln, indem ich versuchen würde, die Zuverdienstregelungen für Beschäftigte im Niedrigeinkommensbereich anders zu gestalten und ich würde zum Einen versuchen, dass die Bundesregierung zu einem einkommensabhängigen Kindergeld übergeht. Zum Zweiten würde ich mich dafür einsetzen, den sozialen Arbeitsmarkt zu erhalten für die Personen, bei denen eine realistische Integrationsvariante in den Arbeitsmarkt momentan nicht möglich ist. Und Drittens würde ich also sehr stark aus den arbeitsmarktpolitischen Perspektiven die Bildungsfrage betonen.